Erklärung des G8-Gipfels zu Sudan/Darfur

1. Wir, die in Heiligendamm versammelten Staats- und Regierungschefs der G8, bringen unsere tiefe Sorge darüber zum Ausdruck, dass die Lage in Sudan weiterhin durch Konflikt und Aufruhr gekennzeichnet ist. Zwar hat das Umfassende Friedensabkommen vom Januar 2005 zu einer Beendigung der Feindseligkeiten im Süden geführt, doch droht die anhaltende Verzögerung bei der Umsetzung entscheidender Elemente des Abkommens die Bemühungen zu untergraben, die auf die Schaffung eines geeinten, friedlichen und prosperierenden Sudans auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit abzielen. Wir rufen die Parteien auf, ihre Bemühungen um die redliche Umsetzung des Abkommens zu intensivieren.

2. Wir sind tief besorgt über die tragische Sicherheitslage und humanitäre Situation in Darfur. In diesem Zusammenhang bedauern wir die von der sudanesischen Regierung im April und Mai in Norddarfur durchgeführten Bombenangriffe sowie die Angriffe der Rebellengruppen auf AMIS-Personal und rufen alle Seiten mit Nachdruck auf, die bestehenden Waffenstillstandsvereinbarungen sowie ihre in der Resolution 1591 des VN-Sicherheitsrats festgelegten Verpflichtungen einzuhalten. Diejenigen, die die Menschenrechte von Zivilpersonen in Darfur verletzen, müssen zur Verantwortung gezogen werden, und wir werden Bemühungen unterstützen, diejenigen, die Gräueltaten verüben, vor Gericht zu bringen.

3. Wir erneuern unseren Appell an die sudanesische Regierung und die Rebellengruppen, sicheren und ungehinderten humanitären Zugang zu den vom Konflikt Betroffenen zu gewährleisten, und betonen, dass alle Parteien das humanitäre Völkerrecht achten müssen. Wir begrüßen das Gemeinsame Kommuniqué der sudanesischen Regierung und der Vereinten Nationen vom 28. März 2007 über die Erleichterung humanitärer Tätigkeiten in Darfur und rufen zu seiner vollständigen Umsetzung auf. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, weiterhin humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen, und werden uns verpflichten, in Abstimmung mit der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen Optionen zur Verbesserung des humanitären Zugangs aufzuzeigen.

4. Wir betonen, dass es für den Konflikt in Darfur keine militärische Lösung gibt, und unterstützen uneingeschränkt die Anstrengungen der Sondergesandten der Vereinten Nationen

und der Afrikanischen Union, die Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen, um eine politische Vereinbarung herbeizuführen. Wir begrüßen den Konsens von Tripolis vom 29. April 2007, der vorsieht, dass alle regionalen und internationalen Bemühungen zu diesem Zweck unter der Ägide der Sondergesandten abgestimmt werden, und rufen die sudanesishe Regierung und die Rebellenbewegungen auf, sich in vollem Umfang an dem politischen Prozess zu beteiligen.

5. Wir sind uns einig, dass eine politische Lösung des Konflikts in Darfur Vorrang hat, und unterstreichen, dass die Sicherheitslage verbessert werden muss, um ein günstiges Umfeld für Verhandlungen und den humanitären Zugang zu schaffen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Akzeptanz des umfassenden VN-Unterstützungspakets für AMIS durch die sudanesishe Regierung und rufen die Vereinten Nationen, die AU und die sudanesishe Regierung auf, für seine rasche Verwirklichung Sorge zu tragen. Wir bekräftigen ferner unsere Bereitschaft, AMIS beim raschen Übergang zur AU/VN-Hybridmission zu unterstützen, und rufen andere internationale Partner mit Nachdruck auf, dies ebenfalls zu tun.

6. Wir sehen dem für den 17. Juni geplanten Besuch des VN-Sicherheitsrats in Khartum erwartungsvoll entgegen. Wir rufen die sudanesishe Regierung mit Nachdruck auf, diese entscheidende Gelegenheit zu nutzen, ihre volle Akzeptanz der Hybridoperation zum Ausdruck zu bringen.

7. Der Konflikt in Darfur bedroht Frieden und Sicherheit in der Region insgesamt. Wir bringen unsere Besorgnis über die sich verschlechternde humanitäre Lage in Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik zum Ausdruck und rufen die Regierungen von Tschad und Sudan auf, ihre vor kurzem bestätigten Verpflichtungen, die Unterstützung bewaffneter Bewegungen einzustellen, einzuhalten und auf eine Verbesserung ihrer Beziehungen hinzuarbeiten.

8. Wir sind nach wie vor fest entschlossen, die Krise in Darfur zu lösen. Falls die sudanesishe Regierung oder die Rebellenbewegungen ihre Verpflichtungen weiterhin nicht erfüllen, werden wir entsprechende Maßnahmen im Sicherheitsrat unterstützen.